

DIE LINKE.

in der Wetterau

Kreistag muss sich mit Anträgen der Linken befassen

Im Mai 2013 reichte *DIE LINKE*. beim Verwaltungsgericht Gießen Klage ein. Drei Anträge der Kreistagsfraktion wurden von vornherein nicht auf die Tagesordnung des Kreistags genommen. Der Ältestenrat und die Kreistagsvorsitzende hatten das entschieden. Doch das Verwaltungsgericht gab der Linken nun in zwei von drei Fällen recht. Die Anträge fallen in die Zuständigkeit des Kreistags und müssen beim nächsten Mal auf der Tagesordnung stehen. *Weiter Seite 2*

**Nachrichten aus
Nidda**

Seite 5

Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

Die Kommunen im Wetteraukreis verlangen immer mehr Geld. Grundsteuer, Kindergartengebühren, Abwasser, Hundesteuer, Parkgebühren... alles steigt. Die Leistungen der Städte und Gemeinden sinken. Doch das Ziel des Schuldenabbaus wird damit nicht erreicht.

Überall wird versucht, mit unsozialen Maßnahmen die Haushaltsdefizite zu minimieren. Spitzenreiter ist Bad Nauheim. Dort stieg die

Grundsteuer B von 340 auf 560 Punkte. Die Kindertagesstättengebühren sollen im April erhöht werden. Sie klet-

Fortsetzung auf Seite 6

Verzögerungen und Selbstherrlichkeit

Wie das Jobcenter Menschen schikaniert: Seite 4

Ein Bus wird kommen?

Im Schülerverkehr zeigt sich, wohin die Sparwut des Wetteraukreises führt: 200 Schüler/innen aus Richtung Büdingen wollen die Gesamtschule Konradsdorf besuchen. Doch es fährt kein Bus.

Lesen Sie Seite 2

Neue Mietobergrenzen benachteiligen Familien mit Kindern

Es gibt seit 1. Januar neue Mietobergrenzen. Jetzt sind Familien schlechter gestellt als vorher.

Dazu mehr auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Kreistag muss sich mit Anträgen der Linken befassen

Der erste Antrag fordert den Kreistag auf, dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ beizutreten. Fünfzig Kreise, Städte und Gemeinden sind bereits Mitglied, darunter unsere Nachbarn: Landkreis Gießen und Main-Kinzig-Kreis. Im zweiten Antrag kritisierte **DIE LINKE**. Investitionen des Zweckverbandes Oberhessischer Versorgungswerke (ZOV) in ein Großkraftwerk bei Bremen. Sie beantragte, zukünftig erneuerbare und nachhaltige Energieerzeugung in der Region zu unterstützen. Eine 40 prozentige Gewinnausschüttung der Sparkasse Oberhessen an den Wetteraukreis wollte **DIE LINKE**. im dritten Antrag erreichen. Das Gericht sah den Kreistag nicht zuständig, über die Höhe der Ausschüttung zu beschließen.

Fortsetzung von Seite 1

Ein Bus wird kommen?

Die Gesamtschule Konradsdorf ist für Kinder aus dem Büdinger Raum attraktiv. Sie bietet G9 an und setzt einen Schwerpunkt mit ihren Musik-Klassen. In Hessen gibt es freie Schuwahl. Doch einen Bus will niemand bezahlen. Eine Eltern-Businitiative hat Lösungsvorschläge erarbeitet, die den Wetteraukreis 25 000 Euro jährlich kosten würden, maximal 60 000 Euro. Doch die Koalition will keinen Präzedenzfall schaffen. **DIE LINKE**. hatte zur Kreis-

tagssitzung am 12. Februar einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Denn wenn es keine frühzeitige Entscheidung über den Bus gibt, besteht für die Gesamtschule Konradsdorf keine Planungssicherheit. Sie kann den Schüler/innen nicht sagen, ob sie Bus fahren und ob sie ohne „Elterntaxi“ den Ganztagsunterricht besuchen können.

Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten entschied sich, das Thema auf Juni zu vertagen. Nur die FWG stimmte für den linken Antrag.

Transport nicht möglich?

Eine Mutter bekam von der Erich-Kästner-Schule Konradsdorf einen Brief. Darin ist sinngemäß zu lesen: *Der Wetteraukreis stellt für die beiden Söhne in diesem Schuljahr keinen freigestellten Schülerverkehr zur Verfügung, weil es in Nieder Seemen keine Anbindung gibt. Nieder Seemen liegt nicht im Schulkreis der Erich Kästner Schule*

sondern der Gudrun-Pausewang-Schule (Nidda). Aber diese Schule nimmt keine Schüler mehr auf. Die Erich-Kästner Schule bleibt als Schulangebot bestehen. Der Busverkehr muss neu geregelt werden. Aber derzeit besteht keine Transportmöglichkeit. Doch Sie als Eltern sind für den Schulbesuch verantwortlich.

Sind wir in Schilda?

Folge 5:

Verzögerungen und Selbstherrlichkeit

Immer wieder kommt es beim Jobcenter zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen und bei der Auszahlung der Leistungen. Letztes Jahr wurde uns mitgeteilt, das Jobcenter befinde sich in einer Umstrukturierung. Doch was soll dieses Jahr der Grund sein?

Eine Frau stellt einen Folgeantrag auf Hartz4. Sie wartet sechs Wochen und erkundigt sich dann, warum kein Bescheid kommt. Man hatte sie „übersehen“. Wie soll sie ihre Miete und ihr Essen bezahlen?

Kein Geld, keine Gutscheine, kein Bearbeitungstermin

Ebenfalls „übersehen“ wird der Folgeantrag einer alleinerziehenden Mutter. Als sie sich nach vier Wochen erkundigt, kann man noch nicht einmal sagen, wann ihre Unterlagen endlich bearbeitet werden. Sie hat nun Schwierigkeiten mit dem Vermieter und die Stromrechnung ist nicht bezahlt. Trotzdem sie sich nichts zu Schulden kommen ließ, bekommt sie keinen Vor-

schuss, keine Lebensmittelgutscheine. Von was soll sie und ihr Kind leben?

Ein Mann muss alle zwei Monate 12 Bewerbungen nachweisen. Das ist schon ungewöhnlich, denn meistens werden drei Bewerbungen pro Monat erwartet. In der Regel werden die Ausgaben für Bewerbungen pauschal mit fünf Euro erstattet. Doch von dem

Mann wird verlangt, dass er jedes einzelne Blatt Papier, jede einzelne Mappe oder Kopie mit Belegen nachweist. Ist das eine der neuen Beschäftigungsmaßnahmen des Jobcenters? Eine Mutter wird von der Kindergartenleiterin harsch angegangen: es gehe nun wirklich nicht, dass für ihre beiden Kinder seit November kein Essensgeld mehr bezahlt worden ist. Die Mutter ist beschämt. Sie hatte im November eine schriftliche Zusage aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten. Doch die Zahlungen wurden „vergessen“. Gibt es wirklich genügend Mitarbeiter/innen beim Jobcenter?

„Sozialer Arbeitsmarkt“

Wer würde sich keinen sozialen Arbeitsmarkt wünschen? Doch Vorsicht! Nicht überall wo „Sozialer Arbeitsmarkt“ drauf steht, ist auch sozialer Arbeitsmarkt drin. Derzeit wird im Bundesrat über Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld II diskutiert (Hartz4). Im Herbst sollen diese Gesetzesänderungen beschlossen werden. Fest steht: daran wird gar nichts sozial sein. Wir informieren Sie über diese Pläne und über Möglichkeiten zur Gegenwehr unter: <https://www.facebook.com/pages/DIE-LINKE-Wetterau/250505848438351>

Neue Mietobergrenzen benachteiligen Familien mit Kindern

Die neuen Mietobergrenzen des Wetteraukreises bringen für Ein- oder Zweizimmerwohnungen Entlastung aber größere Haushalte werden benachteiligt. Das trifft vor allem Familien mit Kindern.

Mietobergrenzen bestimmen, in welcher Höhe ein Zuschuss gezahlt wird, wenn Menschen von Hartz 4 oder Sozialhilfe leben. Wenn die Mieten auf dem Wohnungsmarkt zu hoch sind, können arme Menschen mit dem Zuschuss keine Wohnung bezahlen. Das neue „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“ sieht nur für einige Kommunen Verbesserungen bei großen Wohnungen vor: in Friedberg, Bad Nauheim und Bad Vilbel gibt es 10 bis 15 Euro mehr. In Ober-Mörlen, Wöllstadt oder Niddatal steigen auch für große Wohnungen die Zuschüsse an.

In Karben und Rosbach wurde die Obergrenze heruntersgesetzt. Galt für eine vierköpfige Familie vorher eine

Miete von 550 Euro als angemessen, sind es jetzt nur noch 505 Euro. Bei einer fünfköpfigen Familie sinkt der angemessene Mietpreis gar von 630 auf 570 Euro! Ebenso gekürzt wurde in Butzbach, Münzenberg, Rockenberg, Reichelsheim, Wölfersheim, Echzell, Florstadt, Altstadt: Hier sank die angemessene Miete einer fünfköpfigen Familie von 510 Euro (bzw. 505 Euro) auf 480 Euro.

In Nidda, Ranstadt, Ortenberg, Büdingen, Limeshain, Glauburg gelten für eine vierköpfige Familie nicht mehr 445 Euro (bzw. 440 Euro) sondern nur noch 415 Euro. Bei einer fünfköpfigen Familie sank die Mietobergrenze von 510 Euro (bzw. 505) auf nur noch 450 Euro. Auch in Gedern, Hirzenhain

und Kefenrod wird die angemessene Miete für vierköpfige Familien gesenkt – von 375 Euro auf 345 Euro. Bei fünfköpfigen Familien von 430 Euro auf 365 Euro.

Falsche Versprechen

„Ich verstehe nicht, warum gerade bei Familien die Mietobergrenzen derart gekürzt wurden“, kommentiert Kreistagsabgeordneter Rudi Kreich (*DIE LINKE.*) die Berechnungen des Kreises. „Familienfreundlich ist etwas anderes! Von der Überarbeitung des Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen hätte ich eine Verbesserung für die Mieter erwartet. Landrat Arnold hatte angekündigt, das neue Konzept werde den Kreis 800 000 Euro mehr kosten. Doch stattdessen wies der Haushalt 2014/15 weniger aus: um 262 000 Euro wurde der Haushaltsposten reduziert. Das neue Konzept entlastet lediglich Alleinstehende und kinderlose Paare zu Lasten von Familien mit Kindern. Auch das neue „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“ bleibt somit unsozial.“

Stolpersteine in Nidda verlegt

Karl-Heinz Haas, Stadtverordneter der Linken in Nidda, hatte bereits im Januar 2012 einen Antrag eingebracht, auch in Nidda Stolpersteine zu verlegen. Doch aus unerfindlichen Gründen schlummert dieser Antrag bis heute im Niddaer Rathaus.

Erst eine lobenswerte Privatinitiative der Familie Hofmann im Herbst 2013 führte dazu, dass nun fünf Stolpersteine in der Schlossgasse verlegt wurden. Trotz dieser Aktion musste interveniert werden, damit

Der Künstler Gunter Demnig verlegte inzwischen 40 000 Stolpersteine in 820 deutschen und 200 ausländischen Städten. Damit soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die während der Nazizeit verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Selbstmord getrieben wurden. Die Steine werden vor den ehemaligen Wohnhäusern verlegt.

der Antrag demnächst im Ausschusses doch noch behandelt wird. Seltsam, wie SPD, CDU, BLN, GRÜNE, FWG und Magistrat mit Anträgen umgehen.

Nidda: Schließung von Bürgerhäusern beabsichtigt

Niddas Erster Stadtrat und Kämmerer Becker beabsichtigt die Schließung von Bürgerhäusern. So soll der Haushalt konsolidiert werden. Zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger wird gepart: für ein aktives Vereinsleben und den sozialen Zusammenhalt sind

Bürgerhäuser wichtig. Diese Einsparungen retten den Niddaer Haushalt nicht! Der linke Stadtverordnete Karl-Heinz Haas will, dass die Städte und Gemeinden endlich in die Offensive gehen und von Bund und Land eine bessere finanzielle Ausstattung einfordern.

Beauftragt REWE Subunternehmen mit fragwürdigen Arbeits- bedingungen?

Eine junge Frau findet einen Job bei einer Firma, die für REWE Regale einräumt. Sie erhält einen Stundenlohn von 7 Euro. Alles erscheint ihr besser als Hartz4.

Bei der Firma gibt es keine Dienstpläne. Die Arbeitszeit ist „flexibel“-das heißt, Arbeitsbeginn ist 30 Minuten nach Anruf. Gearbeitet wird zwischen 7 und 23 Uhr. Oft auch während der gesamten Zeit. Die Pausenzeiten sind nicht geregelt: meist sind täglich zweimal 5 Minuten „erlaubt“. Zwei Stunden werden zum abladen, auspacken und einräumen der Waren-Rollis veranschlagt. Wer es schneller schafft, bekommt einen Bonus. Der Einsatz erfolgt im Rhein-Main-Gebiet. Bei Wechsel eines Standortes wird die Fahrzeit nicht als Arbeitszeit angerechnet.

Fortsetzung von Seite 1

Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

tern dann auf die höchsten Werte im Rhein-Main-Gebiet. Die Parkgebühren wurden auf 1,40 Euro pro Stunde erhöht. Der alte Waldbestand am Johannisberg wird versilbert. Und das ist lang nicht alles...

Viele Gemeinden erhöhten die Grundsteuer B. Das trifft nicht nur die Hauseigentümer sondern auch Mieter: Die alleinerziehende Mutter ebenso, wie die vierköpfige Familie oder den Minijobber. Denn die Kosten für das Haus werden umgelegt.

Auch die Gebühren für Kindertagesstätten stiegen vielerorts. Warum schlägt man einen so familienfeindlichen Weg ein? Glaubt man wirklich, so einen Schuldenabbau zu erreichen?

Wenn sich die Einnahmen der Kommunen nicht erhöhen, wird sich an der miserablen Finanzlage nichts ändern. Doch diesen Gedanken wollen die meisten Kommunalpolitiker nicht denken. Es sind ja ihre Parteifreunde in Berlin und Wiesbaden, die lieber Steuergeschenke an

Banken und Superreiche geben, statt die öffentliche Hand gut auszustatten.

Also zahlt die Friedberger Rentnerin mehr Hundsteuer. Also bezahlen die Echzeller 446% mehr Friedhofsgebühren. Also entrichten die Niddaer jetzt Straßenbeiträge für die Sanierung „ihrer“ Straße.

Ob die Menschen das bezahlen können, scheint nicht von Interesse zu sein. Sitzen in den Kommunalparlamenten nur gutsituierte Damen und Herren?



Unser Exportüberschuss - Problem

Für ein friedliches und soziales Europa!

DIE LINKE kritisiert die europäische Politik. Doch gehörte der Traum eines friedlichen und sozialen Europa von jeher zur linken Zukunftsvorstellung. Gabi Faulhaber, Kreistagsabgeordnete der Linken, im Interview.

Was interessiert dich denn an Europa?

Mit einem vereinigten Europa könnte es eine Chance geben für Völkerverständigung und Frieden.

Aber im Moment gibt es doch eher Probleme in Europa...

Ja, das stimmt leider. Im Moment wird Europa durch die Krisenpolitik eher gespalten. In hilfloser Wut stehen die Menschen in den Krisenländern den künstlich geschaffenen sozialen Verwerfungen gegenüber. Kürzungen bei Löhnen, Renten, Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung usw. werden von der „Troika“ (Europäische Zentralbank, Europäischer Währungsfonds und Europäische Kommission) diktiert. Anstatt den Menschen zu helfen und notwendige soziale und ökologische Investi-

tionen zu tätigen, wurden seit Beginn der Finanzkrise unglaubliche 5100 Milliarden Euro in der EU für die Bankenrettung eingesetzt. Das ärgert mich vor allem als Kommunalpolitikerin!

...als Kommunalpolitikerin?

Ja natürlich! Die Kredithilfen für Griechenland flossen fast vollständig in die Taschen der Banken und privaten Gläubiger. Jetzt haften die Steuerzahler/innen für die Bankenrettungspakete. Die Staatsverschuldung stieg in Deutschland dadurch um weitere 360 Milliarden Euro an. Nur 50 Milliarden Euro davon hätten gereicht, um auf einen Schlag die kurzfristigen Schulden der deutschen Kommunen zu begleichen. Der Wetteraukreis würde dann nicht unter dem Schutzschirm stehen. Die Bürger/innen würden nicht



immer höher belastet werden.

Was will DIE LINKE?

Eine echte Umverteilung von oben nach unten: Spekulationen müssen wieder reglementiert werden. Die unvorstellbaren Vermögen, die 1% der Bevölkerung gerade in der Krise angehäuft haben, müssen ausreichend besteuert werden. Wir brauchen eine europäische Sozialunion. Die Löhne und Renten müssen wieder steigen.

Das ist schwierig, oder?

Ja, das ist es. Es müsste mehr Proteste geben. Und ich werbe um Stimmen für **DIE LINKE**. zur Europawahl am 25. Mai. Eine starke linke Fraktion im Europaparlament ist dringend nötig.

Sprechstunden im Roten Laden

Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der **Fraktion der Linken im Kreistag** sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben steht Ihnen die „**Linke Hartz4-Hilfe Wetterau**“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

So erreichen Sie **DIE LINKE.**

- Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de
- Ich möchte weitere Informationen über **DIE LINKE.**
- Mich interessiert besonders das Thema:

Ich möchte Mitglied der Partei **DIE LINKE.** werden.

Name: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Geburten einsparen?

Schon im Januar 2010 wurde in Büdingen die Geburtststation geschlossen. Seit her müssen Frauen zur Entbindung nach Gelnhausen, Lich oder Hanau. Zudem fehlt es im Ostkreis an Hebammen. Jetzt soll es noch schlimmer kommen: Die Versicherung für Hebammen ist angestiegen und frisst das Einkommen weitgehend auf. Die hessische Landesregierung plant Kürzungen bei der Geburtsvorbereitung und der pränatalen Diagnostik.

Schau doch mal rein! Wir sind eine junge Gruppe und haben viele Ideen! Solid' Wetterau trifft sich sonntags um 16 Uhr im Roten Laden in der Usagasse 23, Friedberg. Wer mehr über uns erfahren will, kann auch unsere Webseite besuchen: <https://www.facebook.com/LinksjugendSolidWetterau>

linksjuge
['solid]
[www.solid-hesse](http://www.solid-hesse.de)